



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

zu „Streichung des Begriffes der "Rasse" aus sämtlichen nationalen und internationalen Rechtstexten und dessen Ersetzung durch einen zeitgemäßen Begriff“ (Drs. 19/2317)

Diskriminierungsverbot stärken

Der Landtag wolle beschließen:

- 1) Der Landtag spricht sich gegen Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus. Daher bekräftigt der Schleswig-Holsteinische Landtag ausdrücklich die zuletzt im Antrag „Für Demokratie – Gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Terror“ getroffenen Aussagen und wird seine Bemühungen im Kampf gegen Rassismus fortsetzen. Rassismus ist eine menschenverachtende Ideologie, die der deutsche Staat ablehnt. Der Landtag bekräftigt, dass es unsere gemeinsame gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass jeder Mensch in unserer Gesellschaft leben kann, ohne Rassismus erfahren zu müssen. Grundlage hierfür ist unser Grundgesetz, das jegliche rassistische Diskriminierung verbietet.
- 2) Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich daher dafür aus, auf Bundesebene gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft zu überprüfen, ob, und wenn ja, wie der Begriff „Rasse“ im Grundgesetz ersetzt werden kann, ohne das klare und eindeutige Bekenntnis des Grundgesetzes gegen Diskriminierung in jeder

Form anzutasten. Dabei ist auch zu prüfen, inwiefern Übersetzungen internationaler Rechtstexte ggf. überarbeitet werden müssten. Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich dafür aus, den Prozess im Bundesrat positiv zu begleiten.

Tobias von der Heide
und Fraktion

Aminata Touré
und Fraktion

Oliver Kumbartzky
und Fraktion